



newsletter

Aktuelles aus dem Tiroler Landtag





März- Landtag:



52

Anträge



24

Dringlichkeits-Anträge



64

Schriftliche Anfragen



52

Tagesordnungspunkte



62

Anfragebeantwortungen



Aktuelle Stunde

zum Thema Globale Energiekrise: „Chancen und Herausforderungen für das Land Tirol auf dem Weg zur Energieautonomie“ (SPÖ)



Mündliche Anfrage

...an LH Mattle betreffend mehr Studienplätze für einheimische Studierwillige (Liste Fritz)

...an LRⁱⁿ Pawlata betreffend Frauen besser schützen: Notfall-Button für Frauen in akuter Gefahr (Grüne)





Übersicht



Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde | Globale Energiekrise: „Chancen und Herausforderungen für das Land Tirol auf dem Weg zur Energieautonomie“ (SPÖ)

Regierungsmitglieder & Abgeordnete

LRⁱⁿ Astrid Mair & LA Sebastian Kolland | Böllerverbot

LA Christoph Appler | Novelle Tiroler Feuerpolizeiordnung

LA Iris Zangerl-Walser | Internatskosten – Förderlücke bei Lehrlingsausbildung

LA Martin Mayerl | Unabhängigkeit auch bei Speichertechnologie

KO Jakob Wolf | Menschen erwarten Lösungen auf die großen Herausforderungen

LA Beate Scheiber & KO-Stv. Dominik Traxl | Finanzamt-Standort Landeck erhalten

KO Jakob Wolf | Keine generelle Sonntagsöffnung

LA Iris Zangerl-Walser | Bürgernaher Zugang zu unseren Finanzämtern

LA Christoph Appler | Sicherheit im Strafvollzug – Entlastung der Justizwache





Aktuelle Stunde | LH Anton Mattle „Tirol hat großes Potenzial, sich selbst mit sauberer und leistbarer Energie zu versorgen“

Die anhaltend hohen Spritpreise sowie die Sorge vor einer möglichen Energiekrise standen im Mittelpunkt der „Aktuellen Stunde“ im Tiroler Landtag. Über Parteigrenzen hinweg herrschte Einigkeit darüber, dass Tirol seine Energieautonomie deutlich vorantreiben muss – auch wenn die Wege dorthin unterschiedlich bewertet werden.

Die schwarz-rote Landesregierung verwies auf bereits erzielte Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energien.

Landeshauptmann Anton Mattle betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen gesellschaftlichen Ansatzes: *„Die Gesellschaft braucht neue Kompromisse.“* Er unterstrich zudem, dass echte Unabhängigkeit nur erreicht werden könne, wenn auch bestehende Energieabhängigkeiten – etwa durch Stromimporte – reduziert werden. Tirol verfüge insbesondere im Bereich der Wasserkraft über großes Potenzial. In diesem Zusammenhang verwies LH Anton Mattle auf die strengen Umweltprüfungsverfahren bei geplanten Projekten. *„Ich will, dass Tirol ein Land bleibt, das selbst bestimmt und keines, über das von außen entschieden wird. Tirol hat großes Potenzial, sich selbst mit sauberer und leistbarer Energie zu versorgen. Damit machen wir uns unabhängig von internationalen Konflikten und lösen uns von Öl-Scheichs und Gas-Oligarchen“*, so Mattle.



„UNABHÄNGIGKEIT IST EIN GEBOT DER STUNDE – TIROL
HAT GROSSES POTENZIAL, SICH SELBST MIT SAUBERER UND
LEISTBARER ENERGIE ZU VERSORGEN.“

ALL UNSERE ERNEUERBAREN ENERGIEN ERGÄNZEN SICH IN
TIROL VIEL BESSER, ALS IN ANDEREN REGIONEN. DAS IST
EIN GANZ GROSSE VORTEIL FÜR UNSER BUNDESLAND!“

„Eigener Strom, eigene Energie bedeutet Unabhängigkeit, eigene Energie bedeutet Wettbewerbsfähigkeit, bedeutet Wohlstand, bedeutet aber auch, dass Arbeitsplätze gehalten werden können. An diesem sollten wir auch arbeiten. Die Diskussion ist wertvoll. Schlussendlich geht's um den gemeinsamen Weg“, so Landeshauptmann Mattle.





Auch für **VP-Energielandesrat Josef Geisler** ist dieses Thema aktueller denn je, denn eine sichere und kostengünstige Energieversorgung ist Grundlage für eine funktionierende Wirtschaft und funktionierende Wirtschaftskreisläufe. Der Landeshauptmann-Stellvertreter spricht sich daher klar für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien aus. *„Wer Unabhängigkeit will, müsse auch entsprechende Maßnahmen mittragen – sowohl beim Ausbau als auch bei der Steigerung der Energieeffizienz. Gleichzeitig brauche es ein mehr an Pragmatismus und Optimismus in der politischen Debatte“*, so Geisler.

„TIROL 2050 ENERGIEAUTONOM – IST EINE KLARE STRATEGIE
IN SACHEN SICHERHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT DER TIROLER
ENERGIEVERSORGUNG!“



VP-Energiesprecher Martin Mayerl fordert einen stärkeren politischen Schulterschluss und eine ehrliche und gemeinsame Diskussion ein, um aus vergangenen Krisen zu lernen. Aktuell deckt Tirol rund 60 Prozent seines Endbedarfs aus eigener erneuerbarer Energie – es ist noch ein weiter Weg bis zur Energieautonomie 2050, aber Tirol braucht sich dahingehend nicht zu verstecken.

„Die Tiroler Volkspartei steht für den konsequenten Weg in der Energieautonomie, für einen technologischen Wettbewerb des Fortschrittes. Stecken wir unsere politische Energie in diese Energiewende, damit wird es gelingen, Wirtschaft, Soziales und Umwelt im Lot zu halten, um unserer nächsten Generation eine gute Lebensgrundlage zu sichern“, so Mayerl.





LRⁱⁿ Astrid Mair & LA Sebastian Kolland | Böllerverbot Schützende Regeln im Vorhinein, statt Diskussionen im Nachhinein

Nachdem **Landesrätin Astrid Mair** sich in den vergangenen Monaten im Bund für ein Böllerverbot stark gemacht hat, stimmten heute alle Tiroler Landtagsklubs geschlossen für strengere Regeln bei Feuerwerkskörpern. Konkret fordert der Tiroler Landtag die Bundesregierung auf, ein bundesweites Verkaufs- und Verwendungsverbot für gewisse Feuerwerkskörper wie etwa Böller umzusetzen.

„Wir sehen jedes Jahr die Konsequenzen unsicherer Regeln im Feuerwerksbereich. Belastungen für Wild- und Haustiere, Wald- und Gebäudebrände, aber auch zahlreiche, teils Schwerverletzte wären durch entsprechende Regelungen vermeidbar. Der Bund muss handeln, besser heute als morgen“, so der Einbringer des Antrages **LA Sebastian Kolland**.

„DIE PARTEIÜBERGREIFENDE TIROLER EINIGKEIT IN DIESER FRAGE, SOLLTE AUCH AUF BUNDESEBENE ZU DENKEN GEBEN. ES BRAUCHT SCHÜTZENDE REGELN IM VORHINEIN, STATT BEDAUERNDER DISKUSSIONEN IM NACHHINEIN, WENN ETWAS TRAGISCHES PASSIERT!“



„Die parteiübergreifende Tiroler Einigkeit in dieser Frage sollte auch auf Bundesebene zu denken geben. Hier braucht es schützende Regeln im Vorhinein, statt bedauernder Diskussionen im Nachhinein, wenn sich etwas Tragisches ereignet“, so Kolland. Wichtig sei ihm zu betonen, dass die Verwendung von Pyrotechnik durch sachkundige Personen weiterhin möglich sein soll.

Eine Petition einer privaten Initiative für ein Böllerverbot mit 150.000 Unterschriften wurde bereits an **Innenminister Gerhard Karner** übergeben. Im Fokus des Antrages stehen die Forderung nach klaren Definitionen, Übergangsfristen, Sanktionen, Vollzug und Marktüberwachung. Im Rahmen einer Prüfung durch den Bund mahnt der Landtag auch ein, dass der Einsatz von pyrotechnischen Gegenständen weiterhin im Rahmen bewilligter/organisierter Feuerwerke durch befugte und geschulte Pyrotechnikerinnen und Pyrotechniker (bzw. sonst nach dem Pyrotechnikrecht befugte Personen/Veranstalter) möglich bleiben soll.





LA Christoph Appler | Novelle Tiroler Feuerpolizeiordnung
Mehr Sicherheit, weniger Bürokratie

Der Tiroler Landtag hat die Novelle der Tiroler Feuerpolizeiordnung mehrheitlich beschlossen. Für **VP-Sicherheitssprecher LA Christoph Appler** ist damit ein wichtiger Schritt gelungen, um den Brandschutz im Land Tirol auf den neuesten Stand zu bringen. *„Mit dem neuen Gesetz holen wir den Brandschutz endlich ins 21. Jahrhundert. Moderne Einrichtungen wie Brandmelde- und Rauchabzugsanlagen werden klar geregelt, Zuständigkeiten eindeutig festgelegt und die Abläufe deutlich vereinfacht“*, betont Appler.

Ein zentraler Punkt sei die künftig risikoorientierte Kontrolle von Objekten: *„Stärker gefährdete Gebäude werden gezielt und regelmäßig überprüft, während bei weniger risikobehafteten Objekten für Entlastung gesorgt wird. Das bringt mehr Sicherheit und gleichzeitig weniger unnötige Bürokratie für die Bürgerinnen und Bürger.“*



*„MIT DER NOVELLE HOLEN WIR DEN BRANDSCHUTZ
ENDLICH INS 21. JAHRHUNDERT. MODERNE EINRICHTUNGEN
WERDEN KLAR GEREGLT, ZUSTÄNDIGKEITEN EINDEUTIG
FESTGELEGT UND ABLÄUFE VEREINFACHT!“*

Weiters nimmt das Gesetz erstmals auf die besonderen Anforderungen von Wohnanlagen Rücksicht. *„Damit schaffen wir mehr Klarheit für Eigentümer und Bewohner und erhöhen gleichzeitig den Schutz im Ernstfall“*, so Appler.

Im Bereich offener Feuer bringt das Gesetz ebenfalls mehr Klarheit: *„Offenes Feuer wird künftig klar geregelt, Lagerfeuer ohne Feuerschalen werden aufgrund der erhöhten Waldbrandgefahren durch den Klimawandel verboten, gleichzeitig bleiben natürlich Brauchumsfeuer und zweckmäßige Anwendungen von Grabkerzen selbstverständlich weiterhin möglich“*, stellt Appler fest.

Abschließend hebt der VP-Sicherheitssprecher hervor: *„Mit diesem Gesetz machen wir aus einem gewachsenen Regelungsdschungel ein modernes, praktikables und auf Tirol zugeschnittenes System. Das stärkt die Sicherheit in unseren Gemeinden und ist zugleich eine wichtige Unterstützung für unsere Feuerwehren.“*





LA Iris Zangerl-Walser | Förderlücke bei Lehrlingsausbildung schließen
Tirol setzt auf gezielte Entlastung bei Internatskosten

Der Tiroler Landtag hat einstimmig beschlossen, die Tiroler Landesregierung zu beauftragen, beim Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus eine Anpassung der Lehrlingsförderrichtlinien zu erwirken. Künftig soll die Übernahme von Internats- bzw. Unterkunftskosten auch außerhalb eines aufrechten Lehrverhältnisses als Förderung möglich sein mit einer Antragsfrist von bis zu zwölf Monaten nach Ende der Lehre.

*„Damit schließen wir eine bestehende Förderlücke im Bereich der Berufsausbildung. Derzeit werden Internatskosten nur während eines aufrechten Lehrverhältnisses gefördert. Junge Menschen, die sich außerhalb dieses Zeitraums in Ausbildung befinden, fallen durch das Raster und müssen die Kosten oft selbst tragen“, stellt **VP-Generationensprecherin LA Iris Zangerl-Walser** fest, die diesen Antrag in den Landtag eingebracht hat.*

Gerade diese finanzielle Belastung könne dazu führen, dass Ausbildungen nicht fortgesetzt werden. *„Mit einer gezielten Unterstützung schaffen wir mehr Chancengleichheit und verhindern, dass junge Menschen ihre Ausbildung aus finanziellen Gründen abbrechen“,* so Zangerl-Walser. Die Maßnahme sei mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz umsetzbar, habe aber große Wirkung: *„Wir unterstützen damit gezielt jene jungen Menschen, die Hilfe brauchen, und stärken gleichzeitig die duale Ausbildung in Tirol.“*

**„MIT EINER GEZIELTEN UNTERSTÜTZUNG SCHAFFEN WIR
MEHR CHANCENGLEICHHEIT UND VERHINDERN, DASS
JUNGE MENSCHEN IHRE AUSBILDUNG AUS
FINANZIELLEN GRÜNDEN ABBRECHEN!“**



**LA Martin Mayerl | Unabhängigkeit auch bei Speichertechnologie**

Markus Sint warf der Tiroler Regierung im Energiebereich einen Zickzackkurs vor. **VP-Energiesprecher Martin Mayerl** lässt das nicht so stehen und die aktuellen Zahlen geben der Regierung recht. Oberstes Ziel sei Unabhängigkeit - nicht nur bei der Energieerzeugung, sondern auch beim Speichern.

„Tirol arbeitet hart an der Unabhängigkeit von Öl und Gas durch eigene saubere Energie. Wir brauchen aber auch Unabhängigkeit bei der Speichertechnologie. Speicherteiche können wir selbst bauen. Unsere Speicherkraftwerke brauchen keine kritischen Rohstoffe, die außerhalb von Österreich importiert werden müssen. Für Batteriespeicher und Großspeicheranlagen braucht es aber unter anderem Lithium, Kobalt oder Nickel. Wir sollten also vor allem auf die natürlichen Gegebenheiten setzen, statt uns in neue Abhängigkeiten zu begeben und an Lieferanten wie China zu ketten“, so Mayerl.

„Es liegt in der Natur einer Oppositionspartei, auch mal dagegen zu sein. Mit der Realität hat die Kritik der Liste Fritz aber in dem Fall nichts zu tun, die Zahlen zeigen eher einen klaren Kurs. Allein 2024 wurden gut 780.000 m² Photovoltaik-Modulfläche errichtet, die installierte Leistung stieg auf 550 MW-Peak – genug Strom für jährlich über 150.000 Haushalte“, sagt Mayerl weiter.



„DIE TIROLER VOLKSPARTEI STEHT FÜR DEN AUSBAU
ERNEUERBARER ENERGIEN. GERADE IN ZEITEN
WIE DIESEN SEHEN WIR, WIE UNABDINGBAR DIESER
FÜR UNSERE ZUKUNFT IST!“

„Ja, die Erneuerbaren-Ziele der Landesregierung sind ambitioniert und der Weg ist noch ein weiter. Doch die Ziele sind hoch, weil es wichtig ist und noch nicht erreicht, weil es Ziele sind und keine Zustandsbeschreibungen“, so der Osttiroler Abgeordnete.

„Die Tiroler Volkspartei steht für den Ausbau erneuerbarer Energien. Gerade in Zeiten wie diesen sehen wir, wie unabdingbar dieser für unsere Zukunft ist. Im Gegensatz dazu sind die Grünen zwar grundsätzlich für erneuerbare Energien, doch wenn es bei der Umsetzung um konkrete Projekte geht, sind sie dagegen und oft die Ersten, die Bürgerproteste anführen. So kommen wir in unserer Energiestrategie des Landes Tirol, mit der wir bis 2050 den gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen decken wollen, nicht voran und bleiben weiterhin abhängig von jenen Staaten, die Öl und Gas exportieren“, so der Energiesprecher des VP-Landtagsklub.





KO Jakob Wolf | Menschen erwarten Antworten auf die großen Herausforderungen

Im Zuge der Diskussion rund um den sogenannten landesüblichen Empfang übt **VP-Klubobmann Jakob Wolf** deutliche Kritik an der Prioritätensetzung der Grünen im Tiroler Landtag. *„Diese Debatte wurde bewusst von den Grünen ins Haus getragen. Während die Spritpreise steigen, Energie immer teurer wird und viele Menschen um ihren Arbeitsplatz bangen, diskutieren wir hier stundenlang über den landesüblichen Empfang. Die Tirolerinnen und Tiroler erwarten sich zu Recht Antworten auf die großen Herausforderungen. Statt sich den drängenden Herausforderungen unserer Zeit zu widmen, werden kulturelle Traditionen politisiert“*, stellt Wolf klar.

Der landesübliche Empfang sei kein gesetzlich festgelegtes Instrument, sondern eine gewachsene Tradition, die im Rahmen des Tiroler Schützenwesens entstanden ist. *„Diese Form der Repräsentation hat sich historisch entwickelt und wird dort eingesetzt, wo es passend ist. Die Entscheidung darüber trifft die Landesregierung verantwortungsvoll im jeweiligen Kontext“*, so Wolf.

„DIE TIROLERINNEN UND TIROLER ERWARTEN SICH ZU RECHT ANTWORTEN AUF DIE GROßEN HERAUSFORDERUNGEN. STATT SICH DEN DRÄNGENDEN HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT ZU WIDMEN, WERDEN KULTURELLE TRADITIONEN POLITISIERT.“



Wolf betont zudem die Eigenständigkeit der Traditionsverbände: *„Die Tiroler Schützen sind ein unabhängiger Traditionsverein und keine parteipolitische Organisation. Fragen der Weiterentwicklung gehören in die Vereine selbst und nicht in den Landtag.“*

Abschließend unterstreicht der VP-Klubobmann: *„Wir bekennen uns klar zu unseren Traditionen, gleichzeitig aber auch zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, insbesondere im Bereich der Gleichstellung von Frauen in unserem Land“*.





LA Beate Scheiber & LA Dominik Traxl | Finanzamt-Standort Landeck erhalten Klares Nein zur Verlagerung – breiter politischer Schulterschluss

Die Abgeordneten der beiden Regierungsparteien Tiroler Volkspartei und SPÖ Tirol sowie Vertreter von FPÖ und Grünen haben im Tiroler Landtag einen Dringlichkeitsantrag zur Sicherstellung des Standortes der Finanzamtsdienststelle Landeck eingebracht. Ziel ist es, die geplante Neuorganisation der Finanzverwaltung zu stoppen und den Standort samt Arbeitsplätzen sowie eigenem Leistungsbereich langfristig abzusichern. Der Antrag wurde im Tiroler Landtag einstimmig beschlossen.

Konkret fordert der Tiroler Landtag die Bundesregierung im Wege der Landesregierung auf, die vorgesehene Zuordnung der Dienststelle Landeck zum Finanzamt Feldkirch aufzuheben. Gleichzeitig soll gewährleistet werden, dass der Standort in Landeck sowie die bestehenden Arbeitsplätze dauerhaft erhalten bleiben. *„Die geplante Neuorganisation würde erstmals dazu führen, dass eine Tiroler Finanzamtsdienststelle organisatorisch einem Finanzamt in einem anderen Bundesland unterstellt wird. Das ist weder sachlich nachvollziehbar noch im Sinne einer bürgernahen Verwaltung“*, betont **Klubobmann-Stellvertreter LA Dominik Traxl** aus Zams.



„UNSER ZIEL IST ES, DEN STANDORT LANDECK ZU ERHALTEN UND EINE WEITERE VERWALTUNGSVERLAGERUNG ZULASTEN DER REGIONEN ZU VERHINDERN. VERWALTUNG MUSS FÜR DIE MENSCHEN DA SEIN UND DAS MÖGLICHST NAHE BEI IHNEN!“





Aus Sicht der Oberländer VP-Abgeordneten droht durch die geplanten Änderungen eine Schwächung regionaler Strukturen: „Gerade für periphere Regionen wie den Bezirk Landeck ist es entscheidend, dass Verwaltungsstrukturen vor Ort bestehen bleiben. Kurze Wege, regionale Kompetenz und direkte Ansprechpartner sind ein zentraler Bestandteil eines funktionierenden Staates“, stellt die **Landecker Abgeordnete LA Beate Scheiber** fest.

Kritisch gesehen wird von beiden VP-Landtagsabgeordneten insbesondere, dass bestehende, funktionierende Strukturen aufgebrochen und Entscheidungswege weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt werden könnten. Zudem stehe die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze in der Region auf dem Spiel.

„Unser Ziel ist es, den Standort Landeck zu erhalten und eine weitere Verwaltungsverlagerung zulasten der Regionen zu verhindern. Verwaltung muss für die Menschen da sein und das möglichst nahe bei ihnen“, so Traxl und Scheiber abschließend.





KO Jakob Wolf | Keine generelle Sonntagsöffnung

Sonntag bleibt Tag der Ruhe und Erholung

Der Tiroler Landtag hat den Antrag der NEOS auf eine weitgehende Liberalisierung der Sonntagsöffnung im Handel mit breiter Mehrheit abgelehnt. **VP-Klubobmann und AAB-Landesobmann Jakob Wolf** begrüßt diese Entscheidung und stellt fest: „Mit uns wird es keine flächendeckende Sonntagsöffnung geben. Der Sonntag ist und bleibt ein Tag der Ruhe und Erholung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, genauso ein freier Tag für die ganze Familie.“

Wolf betont, dass der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ein zentrales sozialpolitisches Anliegen sei: „Wer im Handel arbeitet, leistet bereits unter der Woche und an Samstagen wertvolle Arbeit. Eine weitere Ausdehnung der Öffnungszeiten würde vor allem zusätzlichen Druck auf die Beschäftigten ohne echten Mehrwert für den Standort erzeugen.“ Gleichzeitig verweist Wolf auf bestehende Ausnahmeregelungen: „Für besondere Bereiche wie Bahnhöfe, Flughäfen oder Tourismusgebiete gibt es bereits praxistaugliche Lösungen, um die Nahversorgung sicherzustellen. Diese Ausnahmen haben sich bewährt, darüber hinaus braucht es keine generelle Liberalisierung.“

„MIT UNS WIRD ES KEINE FLÄCHENDECKENDE SONNTAGSÖFFNUNG GEBEN. DER SONNTAG IST UND BLEIBT EIN TAG DER RUHE UND ERHOLUNG FÜR ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER, GENAUSO EIN FREIER TAG FÜR DIE GANZE FAMILIE.“

KO JAKOB WOLF

Die NEOS-Forderung, Unternehmerinnen und Unternehmer selbst über Sonntagsöffnungen entscheiden zu lassen, sieht Wolf kritisch: „In der Praxis würde das zu einem weiteren Wettbewerbsdruck führen, dem sich viele Geschäfte nicht entziehen könnten. Besonders kleine Betriebe und Familienbetriebe würden so unter die Räder kommen.“

Abschließend hält Wolf fest: „Wir stehen klar an der Seite der Beschäftigten. Leistung muss sich lohnen, aber Erholung ist ebenso wichtig. Der arbeitsfreie Sonntag ist ein gesellschaftlicher Wert, den wir schützen.“





LA Iris Zangerl-Walser | Bürgernaher Zugang zu unseren Finanzämtern Landtag fordert Ende der Terminpflicht

Der Tiroler Landtag hat einstimmig beschlossen, die Tiroler Landesregierung zu beauftragen, beim Bundesministerium für Finanzen darauf hinzuwirken, dass die Finanzämter künftig wieder ohne Voranmeldung und ohne Zugangsbeschränkungen zu festgelegten Öffnungszeiten für persönliche Vorsprachen geöffnet sind.

„Der direkte und niederschwellige Zugang zu den Finanzämtern muss für alle Bürgerinnen und Bürger wieder gewährleistet sein. Die derzeitigen Zugangsbeschränkungen sind ein Überbleibsel aus der Corona-Zeit und heute nicht mehr zeitgemäß“, stellt **VP-Generationensprecherin LA Iris Zangerl-Walser** fest, die diesen Antrag in den Landtag eingebracht hat.

Mit der Einführung der Infocenter im Jahr 2006 sei bewusst eine bürgernahe Service-Struktur geschaffen worden. *„Nachdem im März 2020 die Corona-Pandemie hereinbrach, wurde als gesundheitliche Vorsichtsmaßnahme als Voraussetzung für den Finanzamtszutritt – wie in vielen anderen öffentlichen Institutionen – eine telefonische oder Online-Voranmeldung eingerichtet. Die Anmeldepflicht blieb seitdem bestehen und wurde nach Corona nicht wieder abgeschafft“,* schildert Zangerl-Walser die Entstehung der Zugangsbeschränkungen.

„WIR WOLLEN EINEN OFFENEN, BÜRGERNAHEN ZUGANG ZU UNSEREN BEHÖRDEN. DAS IST EINE FRAGE DES RESPEKTS GEGENÜBER DEN STEUERZÄHLERINNEN UND STEUERZÄHLERN.“

LA IRIS ZANGERL-WALSER

„Wer Fragen hat, soll unkompliziert Hilfe vor Ort bekommen. Genau zu diesem Prinzip müssen wir jetzt zurückkehren. Wir müssen wieder Servicegedanken wieder in den Mittelpunkt zu stellen: Finanzämter sind für die Menschen da. Es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger an der Tür abgewiesen oder an andere Stellen verwiesen werden“, fordert die VP-Landtagsabgeordnete.

Besonders kritisch sieht sie die Auswirkungen auf ältere Menschen und auf Personen ohne digitale Kompetenzen oder für all jene, die sehr kurzfristig Unterstützung benötigen: *„Viele sind auf persönliche Beratung angewiesen. Wenn sie nur mit Termin oder gar nicht mehr ins Finanzamt kommen, entsteht eine unnötige Hürde. Das darf es in einem modernen Staat nicht geben.“*

Abschließend betont Zangerl-Walser: *„Wir wollen einen offenen, bürgernahen Zugang zu unseren Behörden. Das ist eine Frage des Respekts gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.“*



**LA Christoph Appler | Sicherheit im Strafvollzug – Entlastung der Justizwache**

Der Tiroler Landtag hat einstimmig auf Initiative der beiden Regierungsparteien Tiroler Volkspartei und SPÖ Tirol einen Dringlichkeitsantrag beschlossen, mit dem die Landesregierung unterstützt wird, sich gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck für die Anliegen der Justizwachegewerkschaft Tirol einzusetzen und rasch konkrete Verbesserungen für die Beamten im Strafvollzug zu erreichen. Damit stellt sich der Tiroler Landtag geschlossen hinter **Landeshauptmann Anton Mattle**, der die vorgebrachten Punkte der Tiroler Justizwache direkt an Bundesministerin Anna Sporrer heranträgt. *„Es braucht Antworten auf die aufgeworfenen Fragen, Verbesserungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lösungen für die angesprochenen Probleme“*, betont **VP-Sicherheitssprecher LA Christoph Appler**.

Besonders alarmierend sei die sinkende personelle Verfügbarkeit im Dienstbetrieb. *„Wenn die Belastungsgrenze erreicht ist, braucht es entschlossene Maßnahmen. Dazu zählen vor allem eine gezielte Personalaufstockung und spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen“*, so Appler. Auch geplante Zusatzaufgaben müssten mit ausreichenden personellen Ressourcen abgesichert werden.

„DIE BEAMTINNEN UND BEAMTEN DER JUSTIZWACHE LEISTEN TÄGLICH EINEN UNVERZICHTBAREN BEITRAG FÜR DIE SICHERHEIT IN UNSEREM LAND. SIE VERDIENEN BESTMÖGLICHE RAHMENBEDINGUNGEN, DAFÜR SETZEN WIR UNS ALS VOLKSPARTEI MIT NACHDRUCK EIN.“

LA CHRISTOPH APPLER

Gleichzeitig würdigt Appler bereits gesetzte Schritte des Bundes: *„Maßnahmen wie der erleichterte Zugang zum elektronisch überwachten Hausarrest, die Ausweitung bedingter Entlassungen oder der verstärkte Einsatz von Bodycams sind wichtige und richtige Ansätze. Zudem ist die Einrichtung einer unabhängigen Meldestelle vorgesehen, um Misshandlungsvorwürfe und Missstände anonym aufzeigen zu können.“*

Abschließend betont Appler: *„Diese Maßnahmen reichen aber angesichts der aktuellen Herausforderungen noch nicht aus. Es braucht jetzt weitere konsequente Schritte, um die Justizwache nachhaltig zu entlasten und die Sicherheit im Strafvollzug langfristig zu sichern. Die Beamtinnen und Beamten der Justizwache leisten täglich einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit in unserem Land. Sie verdienen bestmögliche Rahmenbedingungen, dafür setzen wir uns als Volkspartei mit Nachdruck ein.“*

